

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Ein preußischer Patriot gegen das Versailler Diktat

Ulrich von Brockdorff-Rantzau

MARIO KANDIL

1. Vita¹

Ulrich Graf zu Rantzau wurde am 29. Mai 1869 als Sohn des preußischen Regierungsassessors und großherzoglich oldenburgischen Kammerjunkers Hermann Graf zu Rantzau und dessen Frau Juliane (geb. Brockdorff) in der Stadt Schleswig geboren. Einer der Vorfahren väterlicherseits war der zur Zeit des Dreißigjährigen Kriegs lebende französische Marschall Josias Rantzau (1609-1650). Ulrichs Vater verstarb 1872 mit nur 32 Jahren, woraufhin ihn 1873 sein Großonkel mütterlicherseits, Ludwig Ulrich Hans Baron von Brockdorff (1806-1875), ein vormaliger dänischer Gesandter in Berlin, Madrid und Lissabon, und dessen Frau Cäcilie adoptierten. Ulrich erhielt am 19. August 1891 von seinen Adoptiveltern den Doppelnamen Brockdorff-Rantzau und erbt von ihnen im selben Jahr den Landsitz Annettenhöf bei Schleswig.

Von 1888 bis 1891 studierte Brockdorff-Rantzau Jura in Neuenburg, Freiburg im Breisgau, Leipzig und Berlin. Im April 1891 schloß er das Studium mit dem ersten juristischen Staatsexamen ab und promovierte im Juli 1891 über ein kirchenrechtliches Thema in Leipzig zum Dr. jur. In demselben Jahr wurde er im Mai im 1. Preußischen Garderegiment zu Fuß in Potsdam Fahnenjunker. 1892 legte er das Offiziersexamen ab, mußte jedoch wegen einer Verletzung 1893 als Leutnant seinen Abschied nehmen. Seit dem 26. Januar 1894 befand er sich im preußischen Justizdienst.

1894 wurde er im Dienst des Auswärtigen Amts als Attaché der deutschen Gesandtschaft in Brüssel zugeteilt. 1895 in die Zentrale des Auswärtigen Amts nach Berlin beordert, war er dort in der Handelspolitischen Abteilung tätig.

Nach seiner diplomatischen Prüfung fungierte Brockdorff-Rantzau von 1897 bis 1901 an der deutschen Botschaft in St. Petersburg als Legationssekretär. 1901 zum Legationsrat in Wien ernannt, diente er dort auch als Botschaftsrat und bekleidete diesen Posten dann ebenfalls in Den Haag (bis 1909).

Nachdem er von 1909 bis 1912 Generalkonsul in Budapest gewesen war, wurde er 1912 zum deutschen Gesandten in Kopenhagen bestellt. In seinem Bestreben, das deutsch-dänische Verhältnis zu verbessern, suchte er nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs Dänemarks Neutralität zu erhalten, was ihm auch gelang. Ab 1915 hielt Brockdorff-Rantzau den Handel mit Dänemark mittels eines deutsch-dänischen Verfahrens zum Warenaustausch aufrecht: Für die Lebensmittel,

¹ Vgl. die Angaben bei: Johannes Hürter u. a. (Bearb.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Band 1 (A-F), Paderborn / München / Wien / Zürich 2000, S. 291 f.



die sie den von der britischen Hungerblockade strangulierten Deutschen lieferten, empfangen die Dänen aus Deutschland die für ihre Energieversorgung notwendige Kohle.²

Am 30. Dezember 1918 nahm Brockdorff-Rantzau auf Drängen von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen an und wurde als Parteiloser nur wenig später (13. Februar 1919) im Kabinett Scheidemann erster Reichsaußenminister der Weimarer Republik. Seit 1. Februar 1919 war der Graf gleichzeitig preußischer Bevollmächtigter beim Bundesrat.

Unter Berufung auf die 14 Punkte Woodrow Wilsons forderte Brockdorff-Rantzau die Vereinigung des Deutschen Reichs mit Deutsch-Österreich und sprach sich für den Völkerbund aus. Als Leiter der deutschen Delegation auf der Pariser „Friedenskonferenz“ wies Brockdorff-Rantzau am 7. Mai 1919 dezidiert die unterstellte Alleinschuld Deutschlands und Österreichs am Kriegsausbruch zurück. Unter seiner Leitung wurden deutsche Gegenvorschläge zum alliierten „Vertragsentwurf“ erstellt, die auf Milderung der Bedingungen für Deutschland abzielten. Nach Abgabe der Gegenvorschläge (29. Mai) erfolgte am 20. Juni die kategorische Ablehnung durch die Alliierten. Daraufhin sprach sich Brockdorff-Rantzau vehement gegen die Unterschrift unter das Diktat aus und trat zusammen mit dem gesamten Kabinett Scheidemann zurück, das aber bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterführte.³

Brockdorff-Rantzau zog sich nun auf sein Landgut zurück und plädierte in den folgenden zwei Jahren in Zeitungsartikeln für eine Revision des Versailler Diktats und die Schaffung einer am Völkerrecht orientierten Ordnung. Wiederholt forderte er eine Neuaushandlung des Versailler „Friedensvertrags“.

Durch den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (16. April 1922) sah Brockdorff-Rantzau die deutschen Verhandlungen mit den Westmächten in Gefahr, nahm aber dennoch seine Ernennung zum deutschen Botschafter in Moskau (22. November 1922) an. Auf diesem Posten versuchte er, ein gutes Verhältnis zur UdSSR zu schaffen, gleichzeitig jedoch eine allzu starke deutsche Anlehnung an diese zu vermeiden. Der militärischen Kooperation beider Staaten trat er energisch entgegen, was ihn vor allem mit der deutschen Heeresleitung in Konflikt brachte.

Ganz maßgeblich war Brockdorff-Rantzau am Zustandekommen des deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Neutralitätsabkommens (24. April 1926) beteiligt. Dieser „Berliner Vertrag“ sollte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion beleben sowie zudem die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee verstärken. In den Augen von Brockdorff-Rantzau war hierdurch das Gleichgewicht der deutschen Politik zwischen West und Ost wiederhergestellt worden.

² Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik (=Moderne Geschichte und Politik, Band 2), Bern / Frankfurt am Main 1973, S. 10.

³ Ebenda, S. 92.

Am 8. September 1928 verstarb Brockdorff-Rantzau während eines Besuchs bei seinem Bruder in Berlin mit 59 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls. Zuvor hatte er noch lakonisch geäußert: „Ich sterbe gern - ich bin ja schon in Versailles gestorben.“⁴

2. Versailles

Die Einkreisung Deutschlands durch die Ententemächte und der Erste Weltkrieg dienten der Revision des durch die „kleindeutsche“ Nationalstaatsgründung Bismarcks von 1871 grundlegend veränderten europäischen Staatensystems. Diese Revision sollte durch das Versailler Diktat 1919 festgeschrieben werden, damit das nun eliminierte deutsche Machtzentrum in Mitteleuropa nie wieder aufkeimte. Den etablierten Mächten war der Zustand von vor 1871 – ein nicht geeintes, zersplittertes, wehrunfähiges Deutschland als freie Verfügungsmasse – nämlich deutlich angenehmer.⁵

Alle demütigenden Konzessionen an die Alliierten hatten Deutschland zwar am 11. November 1918 den erhofften Waffenstillstand gebracht, doch lieferten dessen Bedingungen es dem vom Streben nach Niederwerfung und Revanche getragenen Willen seiner Feinde aus. Diese ließen ihrem Wunsch, das Deutsche Reich so hart wie möglich zu behandeln und in einem Helotenstatus zu halten, freien Lauf. Gipfel dieser „Politik“ war der Versailler Vertrag, den Deutschland am 28. Juni 1919 unter dem heftigsten Druck der Siegermächte unterzeichnete: ein Diktat, kein Friede.

Daß in Versailles ganz gewiß kein Friedensschluß zwischen den Kriegsparteien ausgehandelt wurde, sondern ein den Besiegten einseitig aufzuerlegendes Nachkriegsregelwerk der Sieger, dem sich erstere lediglich zu unterwerfen hatten, ist u. a. hieran zu erkennen: Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten waren nicht zur Konferenz zugelassen. Es gab keine mündlichen Verhandlungen, und die Bemerkungen mußten in schriftlicher Form vorgebracht werden. Zudem an folgender Äußerung von John Foster Dulles, Mitglied der US-Delegation: „Ich erinnere mich lebhaft, wie [...] die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefäßtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend [...]“⁶

Da mußte der am 2. Januar 1919 ventilierte, honorige Plan des ersten Reichsaußenministers der Weimarer Republik, Brockdorff-Rantzau, von Beginn an zum Scheitern verurteilt sein: „Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts.“⁷ Dies ahnte Brockdorff-Rantzau als Leiter der deutschen Delegation auch schon bald, spätestens aber, als am 7. Mai 1919

⁴ Zitiert nach: Rainer Dürkop, „Der letzte Bismarckianer. Der erste Außenminister der Weimarer Republik: Zum achtzigsten Todestag von Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau“, in: Junge Freiheit 37/2008 vom 5. September 2008, URL: <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv08/200837090550.htm>

⁵ Äußerung Napoleon Bonapartes aus dem Mai 1797, daß man das Deutsche Reich [es handelte sich hier um das Heilige Römische Reich Deutscher Nation] – falls es nicht schon bestünde – eigens für die Belange Frankreichs erfinden müsse: Napoleon an das Direktorium, o. O., 27. Mai 1797, in: [Napoleon III. (Hg.)] *Correspondance de Napoléon I^{er}*. Publiée par ordre de l'Empereur Napoléon III, Band III, Paris 1859, S. 74.

⁶ Zitiert nach: Ulrich Schwarze, *Die Deutschen und ihr Staat*, Band 3, Tübingen 2013, S. 239.

⁷ Zitiert nach: Johann Albrecht von Rantzau, *Der Unterhändler von Versailles*, in: DIE ZEIT 37/1948, URL: <https://www.zeit.de/1948/37/der-unterhaendler-von-versailles>

die Deutschen im Hotel „Trianon Palace“ vor dem Plenum aller beteiligten Staaten das von Georges Clemenceau zynisch als „Buch des Friedens“ bezeichnete Diktat der Sieger erhielten. Innerlich bereits auf Übles vorbereitet, meisterte Brockdorff-Rantzau diese widerwärtige Szene mit Würde⁸. Den Inhalt dieses Diktats kannte er in Grundzügen schon, da vieles davon trotz aller Geheimhaltung durchgesickert bzw. ihm über vertraute diplomatische Kanäle zur Kenntnis gelangt war. Die für einen Angeklagten bestimmte Haltung trotzig verweigernd, behielt er demonstrativ Platz⁹ und erwiderte in einer halbstündigen Erklärung in deutscher Sprache dieses: „Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Unterlegene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen wollen. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen an diesem Krieg bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge [...] Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie nicht, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen. [...] Am 5. Oktober hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November erklärten sich die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis einverstanden. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns [...] bindend geworden [...] die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt.“¹⁰

Brockdorff-Rantzau hatte zu Beginn seiner Amtszeit noch ganz auf die Erklärungen Wilsons gebaut und beabsichtigt, auf die Verhandlungen der Entente in Paris Einfluß zu nehmen, indem er in öffentlichen Reden, Interviews etc. die Position des US-Präsidenten gegenüber seinen Verbündeten zu stärken versuchte. In Ergänzung hierzu hatte sich der Reichsaußenminister bemüht, die Alliierten für eine gemeinsam mit Deutschland zu betreibende Rußlandpolitik zu interessieren, was eine gütliche Einigung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern vorausgesetzt hätte. Doch Brockdorff-Rantzaus Hoffnung auf Wilson hatte nicht allzu lange angehalten: Aus dem Verhalten Wilsons bei den Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstands vom 11. November 1918 und den zunehmend kritischer werdenden Meldungen über dessen ausgeprägte Rückgratlosigkeit zog Brockdorff-Rantzau die Konsequenzen. Seit Mitte Februar 1919 hatte die tatsächliche Haltung Wilsons in Paris mehr und

⁸ Sowohl seine persönliche Würde als auch die des von ihm vertretenen Landes besaß für Brockdorff-Rantzau eine eminent wichtige Bedeutung. Taktische Manöver, die für Diplomaten oftmals unumgänglich sind, endeten für ihn dort, wo sie die Würde verletzen. Vgl. dazu Wengst, a.a.O. (Anm. 2), S. 97.

⁹ Brockdorff-Rantzau bekannte im November 1919, daß sein Verhalten als demonstrativer Akt gemeint war: „Ich wollte und mußte unseren versammelten Feinden zum Bewußtsein bringen, daß wir uns nicht als Angeklagte fühlten, die sich zu erheben haben, wenn sie dem hohen Gerichtshof Rede und Antwort stehen.“ Dieses Zitat ist abgedruckt bei: Wengst, a.a.O. (Anm. 2), S. 51.

¹⁰ Zitiert nach: Schwarze, a.a.O. (Anm. 6), S. 240.



mehr an Bedeutung für die Friedensstrategie des Reichsaußenministers verloren, weswegen dieser bei den Verhandlungen dann auch so hartnäckig und gar nicht unterwürfig auftrat.¹¹

Merkwürdigerweise aber warf ihm genau dies General Hans von Seeckt, der militärische Sachverständige der deutschen Delegation in Versailles, vor. So bezeichnete er z. B. eine Rede, die Graf Brockdorff-Rantzau vor der Nationalversammlung gehalten hatte, als „das Schmachvollste“, was er je „in dieser Branche erlebt habe“¹². Auch verstieg er sich bei seinen abfälligen Reden über den deutschen Delegationsleiter dazu, ihn als einen dieser „Reklamegrafen“ zu schmähen. Hauptgrund für diese Attacken war, daß Rantzau auf die Stellungnahme von Militärs zu politischen Fragen keinen Wert legte und deshalb in Versailles ohne Konsultation von Seeckts zusammen mit seinen Kollegen entschieden hatte, den Alliierten in der Frage der Abrüstung entgegenzukommen und dabei auch auf die allgemeine Wehrpflicht zu verzichten – obgleich sie von der Obersten Heeresleitung (OHL) mit Nachdruck postuliert wurde. Jedenfalls blieb die tiefe Verstimmung bei von Seeckt noch jahrelang bestehen und spielte auch in der Rapallo-Politik eine Rolle.¹³

Erwähnen wir hier nur am Rande, daß Woodrow Wilsons 14 Punkte, die viele Deutsche mit naiver „Begeisterung“ erfüllt und zu einem Verständigungsfrieden geneigt gemacht hatten, nur perfide Täuschung waren. Jedenfalls zog Brockdorff-Rantzau, als er mit seiner Unterschrift den Empfang von Clemenceaus „Buch des Friedens“ bestätigte, schwarze Handschuhe an, um zu zeigen, daß er sich an diesem Dokument der Schande nicht beschmutzen wollte, und ließ sie dann voll Verachtung fallen.

Das den Besiegten am 7. Mai Eröffnete war eine verbindlich beschlossene Sache, und die spätere Unterzeichnung des „Vertrags“ war nichts als eine Farce. Nach einer ersten Durchsicht des „Vertragsentwurfs“ urteilte Ulrich von Brockdorff-Rantzau: „Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfs entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Die Verwirklichung dieses Vertragsentwurfs würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten.“¹⁴ Welch eine prophetische Einschätzung, die Brockdorff-Rantzau hier abgab! Als er Reichsminister des Auswärtigen geworden war, wollte er aus dem deutschen Zusammenbruch retten, was noch zu retten war, und zwar mit Hilfe einer in der Welt mächtigen, wiewohl immer wieder verfälschten oder verratenen Idee: Er stellte seine Politik auf die Ideale des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker wie auch der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Staaten. Doch nun mußte er in Versailles erleben, wie diese Ideale in einer für ihn unerträglichen Weise vergewaltigt wurden, wie besonders das deutsche Volk in einem willkürlichen Vorgriff auf die Resultate späterer „Geschichtsforschung“ komplett einseitig mit der Kriegsschuld belastet werden sollte.

¹¹ Wengst, a.a.O. (Anm. 2), S. 94.

¹² Zitiert nach: ebenda, S. 63.

¹³ Ebenda, S. 62 f.

¹⁴ Zitiert nach: Schwarze, a.a.O. (Anm. 6), S. 240.

Die deutschen Bevollmächtigten hatten 14 Tage Zeit, um in französischer und in englischer Sprache ihre schriftlichen Bemerkungen zur Gesamtheit des Vertrags einzureichen. Danach sollte die alliierte Antwort unter Angabe der Frist ergehen, binnen der die deutsche Delegation ihre endgültige Gesamtantwort zu erteilen hatte. Brockdorff-Rantzau war fest entschlossen, in der ihm gesetzten Frist eine jede noch so geringe Chance zu nutzen, die sich für das Deutsche Reich aus der völkerrechtlichen Verpflichtung der Alliierten etwa ergeben mochte, und alle erdenkliche Mühe auf die schriftlichen „Bemerkungen“ zu verwenden, welche die Sieger den Besiegten gestattet hatten. So nahm denn die deutsche Delegation unter einem enorm großen Zeitdruck, aber mit Feuereifer die Ausarbeitung ihrer Gegenvorstellungen in Angriff. Die auf drei Wochen erweiterte Frist reichte schon angesichts des inhaltlichen Umfangs des Diktats nicht aus; die Großmächte hatten sich mehr als drei Monate Zeit für ihr „Buch des Friedens“ genommen. Brockdorff-Rantzau hatte davon nur ein Exemplar erhalten, das zunächst zu einem Konvolut von 20 Teilen zerlegt und ins Deutsche übersetzt werden mußte. Die inhaltliche Bearbeitung dieses Textes erwies sich als ungemein schwierig, weil selbiger zwar bis zur Pedanterie detailliert, aber thematisch, gedanklich und im Aufbau ungeordnet sowie insgesamt nur von mäßiger handwerklicher Qualität war. Innerhalb von gerade drei Wochen dazu erschöpfend Stellung zu beziehen, war absolut unmöglich. So konnte nicht einmal der Schein eines rechtlichen Gehörs gewahrt werden.

Trotz alledem überreichte die von Graf Brockdorff-Rantzau angeführte deutsche Delegation am 29. Mai 1919 die „Gegenvorschläge der Deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen“ den Feindmächten. Dieses Dokument guten Willens zeichnete sich durch den Verzicht darauf aus, das Unmögliche zu verlangen, um das Mögliche zu erreichen. Vielmehr enthielt es den Entwurf eines an Zugeständnissen reichen, sehr weit entgegenkommenden Kompromisses mit schweren Bürden für das deutsche Volk. Dieser Entwurf stellte aus deutscher Sicht eine in Anbetracht des verlorenen Kriegs realistische Friedensbasis dar und war dazu bestimmt, bei den Siegermächten jene Nachdenklichkeit zu erzeugen, die ihr Haßdiktat gänzlich vermissen ließ.

Die Gegenvorschläge waren Anlage zu einer deutschen Mantelnote vom 29. Mai 1919, in der der Reichsaußenminister Brockdorff-Rantzau einleitend und ergänzend ausführte: „Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten. Wir hatten den festen Willen, alles zu tun, was in unseren Kräften stand, um den schweren von uns übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns verheißen. Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindringen, um so mehr überzeugten wir uns von seiner Undurchführbarkeit. Die Zumutungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes.“¹⁵

Weiter unten stellte Graf Brockdorff-Rantzau fest, die gesetzte Frist sei derartig kurz, „daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen, eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in

¹⁵ Zitiert nach: ebenda, S. 257.

mündlichen Unterredungen stattfinden [...] Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind [...] Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einstehen kann.¹⁶ Zwar diplomatisch formuliert, doch klar und eindeutig beinhaltete die Mantelnote vom 29. Mai 1919 die deutsche Weigerung, das Diktat der Alliierten zu unterschreiben, und verband dies mit der Aufforderung, über die deutschen Gegenvorschläge auf der Grundlage von Woodrow Wilsons 14 Punkten zu verhandeln. Dabei verbot sich die Beschränkung auf einen bloßen Notenwechsel schon aufgrund der vielschichtigen Angelegenheit.

Brutal hatten die Feindmächte alle deutschen Illusionen, die über die eigene Lage und Zukunft noch existiert haben mochten, zerschlagen. Am 7. Mai 1919 waren die tatsächlichen Intentionen der Alliierten so unverkennbar zu Tage getreten, daß jeder begriff: Die 14 Punkte waren nur ein schäbiger Propagandatrick, um die deutsche Bereitschaft zur Aufgabe zu erschleichen! Der deutsche Historiker Hans Delbrück faßte das Offenkundige in Worte: „Mit einem Zynismus, der von keinem Diplomaten übertroffen worden ist, ist die Entente über die Waffenstillstandsbedingungen hinweggegangen. Kein einziger der 14 Wilsonschen Punkte wurde eingehalten. Das Versprechen dieser 14 Wilsonschen Punkte erwies sich als bloße Kriegsliste, die Deutschen zur Entwaffnung zu verlocken, um sie ganz in die Gewalt zu bekommen und sie dann nach Belieben mißhandeln zu können.“¹⁷

Auf dieses Diktat reagierte die deutsche Politik damals angemessen, würdig und frei von jeder Unterwürfigkeit – ganz anders als die allermeisten deutschen Politiker von heute! Für diese (und vor allem für die gegenwärtigen SPD-Vertreter) sei an dieser Stelle zitiert, was der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 12. Mai 1919 in einer Sondersitzung der deutschen Nationalversammlung in Berlin überdeutlich aussprach: „60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkermauern, 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefängnis machen! [...] Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt?“¹⁸ Brockdorff-Rantzau hatte bereits im April 1919 vor der Weimarer Nationalversammlung ausgeführt, was Deutschland nach seinen damaligen Informationen von der Konferenz der Sieger zu erwarten hatte. Daraufhin hatten die Abgeordneten eine Entschließung verabschiedet, mit der sie es ablehnten, einem Gewaltfrieden zuzustimmen.

Erwartungsgemäß lehnten die Alliierten die Gegenvorschläge Deutschlands ab. Sie taten das durch ihre am 16. Juni 1919 an die deutsche Delegation übergebene, vom rachsüchtigen Clemenceau gezeichnete Antwort, die keinerlei Änderungen am alliierten „Entwurf“ zuließ, sondern die Deutschen vor die Wahl stellte, innerhalb von fünf Tagen entweder alle Bedingungen (auch die unerträglichen) zu akzeptieren oder die Unterschrift insgesamt zu verweigern. Im letzteren Fall hätten die Alliierten den Krieg gegen Deutschland, das die Waffen ja schon weggelegt hatte, sofort wieder aufgenommen und die Hungerblockade zur Strangulierung des deutschen Volkes fortgesetzt.

¹⁶ Zitiert nach: ebenda, S. 257 f.

¹⁷ Zitiert nach: ebenda, S. 258 f.

¹⁸ Zitiert nach: ebenda, S. 259.



In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni stimmte das Reichskabinett über die Unterzeichnung des Diktats ab. Dabei war es unter den Volksvertretern unstrittig, daß die Friedensbedingungen völlig unannehmbar waren. Es ging einzig noch darum, ob die Unterschrift allein mit Blick auf die alliierte Erpressung dennoch vollzogen werden müsse, um weiteres Unheil vom deutschen Volk abzuwenden. Ein Stimmenverhältnis von 7:7 erbrachte keine Mehrheit für eine Verweigerung. Daraufhin trat das Kabinett Scheidemann am 20. Juni 1919 geschlossen (also auch mit Brockdorff-Rantzau) zurück. Am Tag danach bildeten Sozialdemokraten und Zentrum eine neue Regierung unter dem Reichskanzler Gustav Bauer (SPD), während Hermann Müller (auch SPD) neuer Reichsaußenminister wurde.

Ulrich von Brockdorff-Rantzau, scharfer Gegner einer Unterzeichnung des Diktats, erläuterte die Hoffnungen, auf die er seine harte Haltung stützte: „Wenn wir durchhalten, und zwar zwei bis drei Monate, dann sind unsere Gegner entzweit, weil sie sich über die Teilung des Raubes nicht einigen können. Dann werden wir bessere Bedingungen bekommen. Wenn wir unterschreiben, so wird nachher niemand fragen, ob wir das unter Zwang getan haben oder nicht.“¹⁹ Auf die Frage, wer recht hatte – der optimistischere Brockdorff-Rantzau oder der kategorisch zu einer Unterzeichnung ratende Zentrumspolitiker Matthias Erzberger –, gibt es letztlich keine gültige Antwort, denn diese muß hypothetisch bleiben. Allerdings beruhte die Einschätzung von Brockdorff-Rantzau sicher mehr auf dem Anstand und der Festigkeit seiner deutschen Gesinnung als auf einer nüchternen Vorausschau. Zwar existierten in der Tat teilweise heftige Zwiſtigkeiten zwischen den Siegermächten, aber diese beruhten allein auf deren gegensätzlichen Beute- und Machtinteressen, doch nicht darauf, daß die Feindseligkeit gegenüber Deutschland unterschiedlich stark ausgeprägt gewesen wäre.

Vielmehr lehrten die Erfahrungen seit der Zeit der Reichsgründung deutlich, daß die etablierte Staatenwelt selbst scheinbar unüberwindliche, geschichtlich gewachsene Gegensätze zurückstellte, um die gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland, den störenden Neuankömmling und Konkurrenten im Konzert der etablierten Großmächte, zu pflegen. Um nur einige Beispiele anzuführen: Krieg-in-Sicht-Krise 1875; große Doppelkrise 1885-87; Gründung der Entente Cordiale 1904; Gründung der Triple-Entente 1907; Marokko-Krise 1905/06 und 1911; dazu weitere schwere internationale Krisen, die dem Ersten Weltkrieg vorangegangen waren. Jede einzelne von ihnen hätte diesen Krieg bereits auslösen können. Und nun sollte Deutschland ernsthaft darauf hoffen dürfen, daß die Sieger, nur weil sie sich um ihre Beute stritten, dem wehrlosen Deutschland „bessere Bedingungen“ einräumen und dadurch ihren mit so viel Blut und Geld erkauften gemeinsamen Sieg vermindern und in Frage stellen würden? Sie würden sich sehr wohl geeinigt und ihre Vernichtungspläne gegen Deutschland vollends realisiert haben, wenn die Reichsregierung ihre Unterschrift unter das Diktat verweigert hätte.

3. Bewertung

1922 ging Brockdorff-Rantzau zurück in die Politik und wirkte als deutscher Botschafter in Moskau als ein Anwalt der Ostorientierung. Zurückhaltung gegenüber dem europäischen Westen wurde nun zu

¹⁹ Zitiert nach: ebenda, S. 263.



seinem leitenden Prinzip, und hieraus ergab sich dann in den 1920er Jahren sein Gegensatz zu Gustav Stresemann. Soviel läßt sich dazu sagen: Die Konzeption, die Brockdorff-Rantzau von der deutschen Außenpolitik hatte, war in höherem Maße von Skepsis und Zurückhaltung diktiert als die Auffassung Stresemanns, der unbedenklicher in die optimistischen Strömungen demokratischer Zusammenarbeit eintauchte, deren großer Anwalt der Franzose Aristide Briand und deren Symbol der Locarno-Vertrag war. Auch in seinem persönlichen Gehaben fand der robustere Stresemann müheloser den Zugang zu den Formen der bürgerlich-demokratisch geprägten Nachkriegsära. Brockdorff-Rantzau dagegen, trotz allem aus seiner lebhaften Intelligenz erwachsenden Verständnis für die Demokratisierung der Welt, blieb doch immer das Produkt der noch stark von feudalistischen Elementen durchsetzten Epoche, die man in Deutschland „Wilhelminismus“ nennt. Deshalb haftete er mit Empfinden und Denken noch stark an dem diplomatischen Zeremoniell der alten Schule, deshalb konnte der „letzte Bismarckianer“ (wie er auch genannt wurde) in seinem praktischen Verhalten einem oft überspitzten Formgefühl zum Opfer fallen, wie dies bei seinem Auftreten in Versailles 1919 zu Tage trat. Doch was Leute, die selbst nicht viel auf Ehre geben, an ihm als „Ehrpusseligkeit“ kritisieren, war in Wirklichkeit ein positiver Charakterzug, der offenbar bereits vor 100 Jahren nicht mehr allzu oft zu anzutreffen war. Doch wird Ehrgefühl schon allein deshalb zu einem Negativum, weil es nicht mehr „in Mode“ ist? Nein!

Brockdorff-Rantzaus menschlicher Anstand und sein Verantwortungsbewußtsein als Politiker bezeugen auch die Worte, die er am 9. Juli 1919 angesichts des gegen seinen Willen unterzeichneten und von ihm ausdrücklich als „ungeheuerlich“ bezeichneten „Friedensvertrags“ in staatsmännischer Besonnenheit fand: „Jetzt aber, wo in Versailles die Vertreter Deutschlands, deren entsagungsvollen Entschluß ich gebührend würdige, den Frieden unterzeichnet haben, gilt es [...] den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, daß Deutschland den Frieden unterzeichnet hat, um ihn hernach durch heimliche Machenschaften in die Luft zu sprengen. Wo er unausführbar ist, muß dies den Gegnern bewiesen werden.“²⁰

4. Selbstkritische französische Historiker

Nur vereinzelt sind französische Historiker zu finden, die zum Versailler Diktat eine andere als die in Frankreich und anderswo offiziell geltende Auffassung vertreten. Einer dieser raren „Dissidenten“ ist Georges Demartial (1861-1945). Wenngleich die einseitige Schuldzuweisung an Deutschland und die dreiste Verlogenheit der französischen und englischen Diplomatie im Vorfeld des Kriegsausbruchs 1914 auch in Frankreich und England ein Thema bildete, stieß der Historiker Demartial mit seinem kritischen Quellenstudium in seinem Heimatland nicht auf offene Ohren. Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil (geb. 1963) gab diese atemberaubende Untersuchung, mit der sich Demartial vor über 90 Jahren vollständig in die französischen Absichten hineinzudenken verstand, im Jahr 2018 erstmals in deutscher Sprache heraus, versehen mit Anmerkungen sowie zwei begleitenden Texten.²¹ Es ist nicht

²⁰ Zitiert nach: Rantzau, a.a.O. (Anm. 7).

²¹ Georges Demartial / Stefan Scheil (Hg.), Die dreiste Fälschung. Das französische Gelbbuch und die Kriegsursachen von 1914, Schnellroda 2018.



verwunderlich, daß Demartial mit seiner in Frankreich 1923 veröffentlichten Quellenuntersuchung zu dem „Gelbbuch“²² der französischen Regierung in Frankreich selbst enorme Ablehnung erntete. Der Grund: Georges Demartial war ein französischer Historiker, der seine eigene Regierung der Lüge und der Fälschung überführte. Wer aber will schon seine vermeintlichen Beweise für die Alleinschuld des Gegners am Kriegsausbruch als „dreiste Fälschung“ entlarvt sehen? Doch noch schlimmer ist es, daß selbst heute systemkonforme BRD-Historiker in ihrem „Schuldstolz“ wie trotzig Kinder noch an der Kriegsschuldfrage (Artikel 231 des Versailler Diktats) festhalten!

Dabei wird bei der Lektüre von „Die dreiste Fälschung“ deutlich: In Frankreich gab es vor Beginn des Ersten Weltkriegs eine Gruppe von Verantwortlichen, die die französische Nation in einen Krieg führte, von dem das ganze Volk, ja die ganze Welt glauben sollte, er wäre ein gerechter Krieg, ein Verteidigungskrieg. Doch das war er mitnichten! Bei Licht betrachtet, handelte es sich um einen lange vorbereiteten, genau abgesprochenen und kühl inszenierten französisch-russischen Angriffskrieg gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei. Das wußte man von Christopher Clark²³ oder Sean McMeekin²⁴ schon vage, doch mit Georges Demartial wird diese Gewißheit auf eine ganz neue Ebene gehoben. Diese Wahrheit müßte nun auch Einzug in die deutsche Geschichtsschreibung halten, aber leider ist Wahrheit kein Selbstläufer. Allerdings hat sie in der Debatte den großen Vorteil, daß sie tatsächlich die Wahrheit ist und auf Dauer nicht unterdrückt werden kann. Nicht umsonst ist der letzte Abschnitt bei Demartial „An die Öffentlichkeit“ überschrieben!

²² Französisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.), Französisches Gelbbuch. Diplomatische Aktenstücke, 1914. Der europäische Krieg. Aktenstücke zu den Verhandlungen bis zur Kriegserklärung Deutschlands an Russland (1. August 1914) und an Frankreich (3. August 1914). Erklärung vom 4. September 1914, Bern 1915.

²³ Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2013.

²⁴ Sean McMeekin, Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe. Deutsch von Franz Leibold, Berlin u. a. 2014.





Dr. phil. Mario Kandil M.A. ist am 21. Mai 1965 als der Sohn eines ägyptischen Arztes und einer deutschen Mutter in der Umgebung Aachens geboren. Er erwarb 1985 die Allgemeine Hochschulreife und studierte danach an der Technischen Hochschule Aachen Mittlere und Neuere Geschichte, Alte Geschichte und Politische Wissenschaft. Er promovierte 1994 an der Fernuniversität in Hagen bei Prof. Dr. Peter Brandt mit einer Dissertation über das Großherzogtum Berg zum Dr. phil. Nach einer langjährigen Tätigkeit im universitären Bereich wie auch in der Erwachsenenbildung ist er heute als ein freier Historiker und Publizist beruflich tätig. Seit 2005 verfasst er regelmäßig Beiträge für Fachzeitschriften und hält zudem Vorträge. Sein Arbeits- und Forschungsschwerpunkt ist neben dem Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons I. das Zeitalter der Nationalstaaten, die Epoche der Weltkriege und die Ära des Kalten Kriegs. Nach seiner Studie über Adenauer und die Wiedervereinigung (2009) erschien von ihm im Herbst 2011 eine Gesamtdarstellung der Befreiungskriege gegen Napoleon I. Im Sommer 2014 hat er sein Buch *Bismarck – der Aufstieg 1848-1871* veröffentlicht. Im Frühjahr 2017 kam von Mario Kandil in der Reihe *Eckartschriften* unter dem Titel *Die „deutsche Frage“. Deutschland von der Adenauerzeit bis zur Wiedervereinigung (1945/49-1989)* eine weitere Buchpublikation heraus, der im Sommer 2018 in derselben Reihe das Buch *Der Dreißigjährige Krieg 1618-1648. Deutschland als Schlachtfeld fremder Mächte* folgte. Weitere Buchpublikationen sind in Arbeit.



02) Als der „Pöbel in Lackschuhen“ die blau-weiß-rote Fahne hisste

Von CR Gernot Facius

Auch das wäre in diesem Jahr eine Erinnerung wert gewesen, aber in den Spalten der Gazetten fand sich davon kaum eine Erwähnung. Dabei hatte das, was sich Mitte November 1920 in Prag abspielte, einst international Aufmerksamkeit erregt. **Franz Kafka** schrieb seiner Freundin **Milena Jesenská**: „Den ganzen Tag bin ich jetzt auf den Gassen und bade im Judenhass.“ Voller Entsetzen registrierte der Dichter die pogromartigen Ausschreitungen vom 16. bis 18. November, die sich gegen Deutsche und Juden richteten: „Tüchtig, fleißig und gründlich - verhasst bei den anderen. Juden und Deutsche sind Ausgestoßene.“ Und quasi zwischen den Zeilen gab der jüdisch-stämmige Autor („Der Prozess“, „Das Schloss“) zu erkennen, dass er an „Weggehen“ denke. Das **Deutsche Landestheater** war verwüstet worden, der Mob hatte auch die Redaktion des berühmten „Prager Tageblatt“ gestürmt, zahlreiche andere deutsche Einrichtungen wurden besetzt. „In Prag widerhallten drei Tage lang die Straßen der inneren Stadt von den Protestkundgebungen des ‚Pöbels in Lackschuhen‘, der auf dem **Deutschen Haus** die blau-weiß-rote Fahne hisst, die Redaktionen der deutschen Zeitungen verwüstet, deutsche Schulen und Vereinslokale nach versteckten Kaiserbildern durchsucht und deutschsprechende Passanten verprügelt“, notierte der jüdische Schriftsteller **F.C. Weiskopf** (1900-1955), der später eine kommunistische Diplomatenerkarriere machte, er war unter anderem tschechoslowakischer Botschafter in Peking, in seinem „Slawenlied“ (1931). Im Archiv des Jüdischen Rathauses sei kein Dokument verschont geblieben, „und vor der Alt-Neu-Schule brennen einen ganzen Tag lang kleine Scheiterhaufen aus hebräischen Pergamenten“. **Deutschfeindlich und antisemitisch**, das ging damals zusammen.

Gleich nach Gründung der Tschechoslowakischen Republik war es in **Holleschau** (Mähren) zu einem **Pogrom** gekommen, mit zwei Todesopfern. Und dann also Prag. Tschechische Nationalisten bezichtigten die Juden, die Sache der Deutschen zu unterstützen. In seinem großen Erinnerungsband „Prag – In Schwarz und Gold“ wird Peter Demetz (Jahrgang 1922), viele Jahre Professor für Literaturgeschichte an der Yale Universität in den USA, berichten: „Ein nationalistischer Mob okkupierte das alte Ständetheater für die tschechische Nation und mein (dort tätiger) Vater wurde aus dem Büro die Treppe hinuntergeworfen.“ Als „Kundgebung des Staatsbewusstseins“ verhamloste der damalige Prager Primator (Oberbürgermeister), **Karel Baxa**, die Vorgänge; er ließ die Ausschreitungen mit einem gewissen Wohlgefallen geschehen. Als Auslöser für die Demonstrationen und Gewaltakte in der Hauptstadt an der Moldau galten in den Medien oft anti-tschechische Aktionen in Eger. Es gab sie, sie waren vor allem eine Reaktion auf den Sturz einer Bronzestatue Kaiser Josephs II. durch Soldaten der tschechischen Garde in der alten Stauferstadt. Auch in Asch und Teplitz kam es zu ähnlichen Provokationen. Die Neigung vieler Juden zum Deutschtum war, das lässt sich diversen Untersuchungen entnehmen, nicht nur Ausdruck einer positiven Einstellung zur deutschen Kultur, sondern auch eine Reaktion auf den weit verbreiteten Antisemitismus in der **tschechischen Bevölkerung**. Das lässt sich mit einigen historischen Daten belegen. Allein zwischen 1844 und 1921 kam es in der Hauptstadt Prag zu acht antisemitischen Ausschreitungen: 1844, 1848, 1863, 1897, 1904, 1905, 1920 und 1921. Wochenlange Judenhetze durch den „radikalen tschechischen Pöbel“, so die Klage jüdischer Institutionen, bestimmte dann im November vor 100 Jahren den Prager Alltag. Bei der Volkszählung 1921 erhielten auch die jüdischen Bürger der Moldau-Metropole erstmals offiziell Gelegenheit, sich zur jüdischen Nationalität zu bekennen. Aber diese Möglichkeit nutzte nur etwa ein Drittel.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 153, 2020, Wien, am 19. November 2020

